



Soziale Initiative Pößneck
www.soziale-initiative-poessneck.de
Rosa Luxemburg Str. 13
07381 Pößneck
0173 888 41 53

Erklärung zum „Fest der Völker“

Pößneck, 25.08.2009

Das Fest der Völker der Nazis verdient seinen Namen nicht. Es geht in dem Fest nicht um Integration von Menschen unabhängig ihrer sozialen Lage, ihres Geschlechts, ihres Glaubens oder ihrer Herkunft.

In diesem Fest geht es um Glorifizierung von Menschenverachtender und rassistischer Ideologie. Es führt zu einer Verharmlosung der faschistischen Verbrechen. Es ist insofern inakzeptabel, abzulehnen.

Das breite Bündnis gegen dieses Fest ist gut und notwendig, auch die Solidarität über Stadtgrenzen hinweg. Ich unterstütze einen Aufruf an alle friedlichen und freiheitsliebenden, demokratischen Mitmenschen am 12. September 2009 aus ganz Thüringen nach Pößneck zu kommen, um gegen Nazis Gesicht zu zeigen.

Bunte Feste sind richtig und notwendige demokratische Aktionen gegen die erstarkenden Neo-Nazis. Ihr braunes Gedankengut hier unerwünscht und das überall in Thüringen. Sie dürfen aber nicht das einzigste Mittel bleiben.

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus braucht Aufklärungsarbeit in allen Lebensbereichen, von der Schule, zum Sport bis in die Arbeits- und Freizeitwelt der Erwachsenen. Da leistet das ABC und der Aktionsplan notwendige Arbeit. Doch zu oft werden die jungen Menschen wie Philipp für ihre Arbeit belächelt und allein gelassen.

Wegschauen ist keine Lösung. Phillip und seine Mitstreiter sehen die Gefahr und stellen sich mit viel Kreativität dem braunen Mob entgegen. Mit ihrem Engagement leisten Sie einen großen Beitrag zur Erhaltung unserer Grundrechte. Denn unsere Grundrechte sind nicht selbstverständlich und ohne zutun zu erhalten.

Unsere Grundrechte wie Menschenwürde, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, körperliche Unversehrtheit, Glaubens- und Gewissensfreiheit und das Recht auf Freie Meinungsäußerung sind universell und unteilbar. Wir müssen diese Grundrechte leben und somit unauslöschbar machen.

Faschismus und Rechtsextremismus ist ein Verbrechen und solange in diesem Land eine NPD wegen V- Männern nicht verboten werden kann, solange deshalb Unrecht zu Recht wird, ist friedlicher Protest geboten und ziviler Ungehorsam legitim und Bürgerpflicht.

Constanze Truschzinski
Stadträtin SIP